

N i e d e r s c h r i f t

der 2. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Familie, Jugend, Frauen, Integration und Sport
am Mittwoch, dem 08.06.2011,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 20:30 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Frau Ika Veronika Bordasch

Herr Rolf Krieger

Herr Frank Walter Schmidt

(in Vertretung für Stv. Sahin.)

Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Frau Julia-Christina Sator

Herr Martin Schlicksupp

(in Vertretung für Stv. Koltermann.)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gerhard Greilich

Frau Ewa Wenig

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Frau Elke Victor

Außerdem:

Frau Christine Wagener

Herr Klaus-Dieter Grothe

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Herr Michael Beltz

Herr Christian Oechler

Herr Martin Simons

Frau Elke Koch-Michel

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FDP-Fraktion

Die Linke.Fraktion

Piraten-Fraktion

Piraten-Fraktion

Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

(bis 20:25 Uhr)

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 6. | Einrichtung eines Jugendparlamentes
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.05.2011 - | STV/0147/2011 |
| 7. | Interessenwahrung der Bewohner des Rabenweges und
des VfB 1900 Gießen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 - | STV/0162/2011 |
| 8. | Durchführung einer Anhörung zum Sozialen
Wohnungsbau
- Antrag des Stv. Janitzki, Linkes Bündnis, vom
31.05.2011 - | STV/0167/2011 |
| 9. | Sprachstanduntersuchung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2011 - | STV/0168/2011 |
| 10. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

**2. Wahl von fünf stimmberechtigten sachkundigen
Einwohner/innen und deren Stellvertretern/innen für die
Sportkommission** STV/0111/2011
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2011 -

Antrag:

Als sachkundige Einwohner/innen und ihre Stellvertreter/innen für die Sportkommission werden gewählt:

Stimmberechtigte Mitglieder:

1. Dr. Klaus-Dieter Greilich
2. Walter Müller
3. Andreas Wilm
4. Bernhard Zirkler
5. Stefan Schöffmann

Stellvertreter/innen:

- Ewald Küpper
- Dr. Karsten Krüger
- Gerd Kraus

(Anschriften siehe Anlage der Vorlage.)

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

3. **5. Bericht über die Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung Gießen nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG)** **STV/0108/2011**
- Antrag des Magistrats vom 18.05.2011 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Personalentwicklung nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Dienststellen „Verwaltung“ und „Amt für Brand- und Bevölkerungsschutz“ sowie für den Eigenbetrieb „Mittelhessische Wasserbetriebe (MWB)“ zur Kenntnis.“

Da der letzte Bericht über Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung Gießen nach dem Hess. Gleichberechtigungsgesetz schon etwas länger zurück liegt, erkundigt sich **Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, wie häufig der Frauenförderplan fortgeschrieben werden müsse.

Bürgermeisterin Weigel Greilich erklärt, der Frauenförderplan müsse alle 6 Jahre fortgeschrieben werden. Ein kürzerer Zeitraum sei selbstverständlich möglich.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz führt aus, die Situation der Frauen habe sich zwar verbessert, dennoch gebe es immer noch Nachholbedarf.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, bemängelt, dass man angesichts in naher Zukunft möglicherweise dreier Frauen in den höchsten Führungspositionen der Stadtverwaltung Gießen, wohl kaum noch von Nachholbedarf sprechen könne.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz entgegnet, politische Wahlbeamten könne man in diesen Bericht nicht mit einbeziehen. Bei der Personalentwicklung müsse es in erster Linie um Kontinuität und Verlässlichkeit gehen.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass auf Seite 47 des Berichts davon die Rede ist, dass flexible Arbeitszeitmodelle als Teil der Frauenförderung bei der Stadt Gießen eine optimale Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Dies müsse selbstverständlich gleichermaßen für die beschäftigten Männer gelten.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4. **Vergünstigungen der E-Card auch für Inhaber der Juleica** **STV/0021/2011**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Vergünstigungen, die Inhabern der Ehrenamtskarte (E-Card) zustehen, auch Inhabern der Juleica zu gewähren sind.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, aufgrund eines Schreiben des Stadtjugendrings zu diesem Thema sei zuerst geprüft worden, ob die Satzung modifiziert werden könne. Dies sei aber nicht möglich, da es sich um zwei verschiedene Systeme handele.

Eine Mitarbeiterin des Jugendamtes sei bereits tätig geworden und habe diejenigen, die Inhabern der Ehrenamtskarte Vergünstigungen gewähren angeschrieben und nachgefragt, ob die Bereitschaft bestehe, diese Vergünstigungen auch den Inhaber der Juleica zu gewähren. Ihres Wissens nach seien überwiegend positive Rückmeldungen eingegangen.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, vertritt die Auffassung, dass man so eine Ehrenamtskarte erster und zweiter Klasse erhalte. Die Inhaber der Ehrenamtskarte erhalten hessenweit Vergünstigungen. Man könne von niemandem verlangen, überall nachzufragen, ob die gleichen Vergünstigungen auch den Juleica-Inhabern gewährt werden. Um eine Gleichberechtigung zu erlangen, müsse man die Satzung ändern.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich stimmt Stv. Wagener zu und betont, diese Satzungsänderung könne nur auf Landesebene erfolgen.

Stv. Wagener erklärt, ihre Fraktion werde die Abgeordneten der CDU-Fraktion im Landtag bitten, eine Anpassung der Juleica an die Ehrenamtskarte auf den Weg zu bringen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich, sagt auf Bitte von Stv. Wagener eine kurze schriftliche Stellungnahme zu.

Daraufhin erklärt **Stv. Wagener** der Antrag könne als erledigt angesehen werden, sie ziehe ihn zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

5. **Ausbildungsplatzförderung** **STV/0144/2011**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten, in welchem Ausmaß und für welche konkreten Maßnahmen die Universitätsstadt Gießen sich an der finanziellen Förderung von Ausbildungsplätzen in der Stadt und im Landkreis beteiligen wird.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stv. Becker, und Grothe.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. **Einrichtung eines Jugendparlamentes** **STV/0147/2011**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.05.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt bis zur ersten Sitzung nach den Sommerferien zur Gewährleistung der in der Hessischen Gemeindeordnung geforderten Jugendbeteiligung ein Konzept zur Einrichtung eines Gießener Jugendparlamentes vorzulegen, dass sich an dem erfolgreichen Modell in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden orientiert.“

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begründet den Antrag.

An der sich anschließenden, ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Bietz, Beltz, Bordasch, Becker, Greilich und Victor.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden ersetzenden Änderungsantrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung über die verschiedenen Möglichkeiten der in der Hessischen Gemeindeordnung geforderten Kinder- und Jugendbeteiligung bis zum Jahresende zu berichten. Der Bericht soll auch Erfahrungen beinhalten, die in vergleichbaren Städten mit einzelnen Formen gemacht wurden, um der Stadtverordnetenversammlung die Grundlage für eine Entscheidung über die in Gießen einzuführende Kinder- und Jugendbeteiligung zu geben.“

Begründung: *Jugendbeteiligung ist ein wichtiger demokratischer Prozess, der auch in Gießen vorangetrieben werden muss. Es gibt verschiedene schon erprobte Formen der Jugendbeteiligung, zum Beispiel Jugendparlament, Jugendrathaus, Jugendhearing, usw. Um abzuwägen und zu entscheiden, welche die für Gießen passende ist, werden die im Bericht geforderten Informationen benötigt.*

Beratungsergebnis: Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

7. **Interessenwahrung der Bewohner des Rabenweges und des VfB 1900 Gießen** **STV/0162/2011**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, die Belästigungen der Bewohner des Rabenweges, die uns mitgeteilt wurden, zu überprüfen. Es geht hier um das Fußballtraining der ca. 16 Gruppen auf dem Kunstrasenplatz sowie um die Flutlichtanlage. In Absprache mit den Verantwortlichen des Fußballvereins VfB 1900 sollte versucht werden, eine im Interesse beider Seiten liegende Lösung zu finden.

Dabei ist die anstehende gerichtliche Entscheidung über das Problem des gerechtfertigten/ungerechtfertigten Errichtung des Kunstrasenplatzes einzubeziehen.“

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, führt zur Begründung des Antrage aus, es solle alles versucht werden, um den Verein - als eines der Aushängeschilder der Stadt Gießen - und die Anwohner - die im Rabenweg unzumutbaren Belästigungen ausgesetzt seien - an einen Tisch zu bringen um einvernehmliche Lösungen zu finden.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz macht deutlich, dass die in diesem Fall zuständige Bauverwaltung in Gesprächen mit dem Verein alles versucht habe, um eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Im Moment sei ein Gerichtsverfahren anhängig, dessen Ausgang abgewartet werden müsse. Je nach Urteil habe der Magistrat dann eine rechtliche Handhabe.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich verwehrt sich dagegen, dass hier der Eindruck erweckt, die Stadt sei nicht an einer Lösung im Sinne der Anwohner interessiert. Sie biete an dieser Stelle den anwesenden Anwohnern das Gespräch an.

Stv. Becker, CDU-Fraktion, wirft die Frage auf, ob nicht schon vor der Urteilsverkündung etwas getan werden könne um die Anwohner zu entlasten, wie z. B. durch verstellen der Flutlichtanlage.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stv. Sator, Schmidt und Wagener.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU; StE:FW).

8. **Durchführung einer Anhörung zum Sozialen Wohnungsbau** **STV/0167/2011**
- Antrag des Stv. Janitzki, Linkes Bündnis, vom 31.05.2011 -
-

Antrag:

„Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Anhörung zum Sozialen Wohnungsbau wird im August 2011 durchgeführt, entweder in der geplanten Sitzung des Ausschusses am 16. August oder in einer gesonderten Sitzung am 23. August.“

Der Ausschuss folgt dem Abstimmungsverhalten des Bauausschusses, das wie folgt lautet:

Der Antragsteller ändert auf Vorschlag der **Stv. Janzen** (SPD-Fraktion) den Antrag wie folgt:

„Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Anhörung zum Sozialen Wohnungsbau wird bis Ende des 3. Quartals des Jahres 2011 in einer gesonderten Sitzung des Sozialausschusses durchgeführt.“

Beratungsergebnis: Dem so geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9. **Sprachstanduntersuchung** **STV/0168/2011**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob und ggf. in welchen Kindertagesstätten der Universitätsstadt Gießen Sprachstandsuntersuchungen nach dem Programm KiSS (Kinder-Sprach-Screening) durchgeführt worden sind oder werden sollen.“

Stv. Schlicksupp, CDU-Fraktion, trägt zur Begründung des Antrages vor, im Landkreis werde seit 2009 mit dem Programm ‚KiSS‘ gearbeitet. Dort seien bereits über 200 Kinder untersucht worden. Es gehe bei diesem Programm darum, die besten Chancen dafür zu schaffen, dass Kinder in der Grundschule nicht vom ersten Tag an den Anschluss verpassen. Es werde die Möglichkeit eröffnet, zwischen ‚medizinischen Auffälligkeiten‘ (wie Hörprobleme) und ‚pädagogischen Auffälligkeiten‘ zu unterscheiden. Bei ‚medizinischen Auffälligkeiten‘ würde man anschließend das Kind vielleicht zum Hals-, Nasen- und Ohrenarzt schicken. Bei ‚pädagogischen Auffälligkeiten‘ würde man eventuell mit mehr sprachlicher Zuwendung im Kindergarten reagieren.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

10. **Verschiedenes**

Vorsitzender gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend, Frauen und Integration und Sport am Mittwoch, 17.08.2011, 19:00 Uhr stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) K r i e g e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z